

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

70. Sitzung

### **Informationsreise nach Tallinn und Riga**

von Montag, dem 2. Juli, bis Donnerstag, den 5. Juli 2007

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

(ab 3. Juli abends)

(2. bis 4. Juli)

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

### **Weitere Teilnehmer**

Minister Rainer Wiegard

Präsident Dr. Aloys Altmann

(ab 3. Juli abends)

(2. bis 4. Juli)

**Montag, 2. Juli 2007 (Tallinn)**

**Botschafter** Herr Bobinger führt den Finanzausschuss in das politische, Herr Dr. Tischer, Geschäftsführer der Deutsch-Baltischen Handelskammer, in das wirtschaftliche Leben in Estland ein. Estland werde von einer Koalition aus Reformpartei, Sozialdemokraten und Vaterlandspartei regiert. Das 1,4 Millionen Einwohner starke Land verfüge mit über 80 % über die höchste Zustimmung der Bevölkerung zur Europäischen Union. Eine der Hauptherausforderungen sei neben Fragen der Energieeffizienz sowie der Wirtschafts- und Infrastrukturentwicklung die Integration der russischsprachigen Bevölkerung, die knapp 30 % der Bevölkerung Estlands ausmache (s. Auseinandersetzungen über die Verlegung eines Denkmals).

Dr. Tischer weist auf die positiven wirtschaftlichen Daten des Landes, aber auch auf die Risiken hin. Produziert würden in Estland vor allem qualitative Konsum- und Investitionsgüter. Estland sei stark in den Bereichen Dienstleistungen, Marketing und IT-Nutzung.

**Dienstag, 3. Juli 2007**

Morgens führen Finanzausschuss und Rechnungshofspräsident im estnischen Finanzministerium ein Gespräch mit dem **Finanzminister der Republik Estland**, Herrn Padar. Minister Padar trägt vor, das Steuersystem seines Landes zeichne sich durch Transparenz und niedrige Steuersätze aus. Der einheitliche Einkommensteuersatz von derzeit 22 % solle bis zum Jahr 2011 auf 18 % gesenkt werden. In gleicher Höhe würden ausgeschüttete Gewinne besteuert; reinvestierte Unternehmensgewinne blieben steuerfrei. Der Mehrwertsteuersatz betrage 18 %, Sondertarife gebe es kaum. Über 80 % der Steuererklärungen würden in Estland via Internet abgewickelt. Infolge des rasanten Wirtschaftswachstums von rund 8 % fahre das Land seit fünf Jahren Haushaltsüberschüsse ein, derzeit 3,8 % des Bruttoinlandsproduktes. Die Umstrukturierung der Wirtschaft und die Entwicklung der Infrastruktur blieben die größten Herausforderungen.

Auf Fragen aus dem Ausschuss teilt der estnische Finanzminister mit, der durchschnittliche Monatslohn betrage in Estland umgerechnet etwa 700 €. Die Steuerfreibeträge von derzeit monatlich 130 € pro Familienangehörigem sollten weiter angehoben werden. Eine werdende Mutter könne nach der Geburt eineinhalb Jahre lang zwischen knapp 300 € bis maximal 1.200 € monatlichen Mutterlohn erhalten. Die Arbeitslosigkeit betrage in Estland zwischen 4 und 5 %. 30.000 Esten hätten das Land zeitweise verlassen, um im Ausland zu arbeiten. Die Regierung strebe an, das Wirtschaftswachstum bei 4 bis 6 % zu verstetigen und die Inflationsrate (derzeit über 5 %) zu senken, um den Voraussetzungen für die Einführung des Euro in den Jahren 2011/2012 zu genügen.

Neben einer Basisrente gebe es die sogenannte Sammelversicherung, in die die Arbeitnehmer 2 % ihres Bruttolohnes und der Staat 4 % zahlten. In die Arbeitslosenversicherung zahlten die Arbeitnehmer 0,6 %, die Arbeitgeber 0,3 %. Die Diskussion über die Kranken- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung sei noch nicht abgeschlossen.

Vormittags führen Finanzausschuss und Rechnungshofspräsident im Financial Supervision Authority ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Management Boards, Herrn Raul Malmstein. Aufgabe dieser Institution ist die Aufsicht über das Finanzwesen in Estland (Ban-

ken, Versicherungen, Stiftungen) und (grenzüberschreitende) Finanzdienstleistungen. 80 % des Bankengeschäfts liefen in Estland über die Hansabank und die SEB. Mit dem Steuersystem - so antwortet Herr Malmstein auf Fragen aus dem Ausschuss - seien die Bürger und besonders die Unternehmen in Estland zufrieden. In das Rentensystem, das auf drei Säulen beruhe, zahlten die Arbeitnehmer 2 %, der Staat 4 % und die Arbeitgeber gar nichts; der Anteil der privaten Altersvorsorge spiele eine untergeordnete Rolle.

Nachmittags führt der Ausschuss ein Gespräch mit Mitgliedern des **Finanzausschusses des estnischen Parlaments Riigikogu**. Der Vorsitzende des estnischen Finanzausschusses, Herr Ligi - unterstützt von einem Mitglied der regierenden Reformpartei und zwei Mitgliedern der oppositionellen Zentrumspartei - berichtet, Ziel der aus den Wahlen hervorgegangenen Koalitionsregierung sei es, den einheitlichen Einkommensteuersatz in den kommenden vier Jahren auf 18 % zu verringern und gleichzeitig die Verbrauchsteuern ab dem nächsten Jahr drastisch zu erhöhen (Besteuerung von Alkohol, Tabak, Kraftstoff, Strom). In diesem Zusammenhang müsse man in Kauf nehmen, dass sich die Inflationsrate dadurch weiter erhöhe; man sei allerdings zuversichtlich, sie mittelfristig wieder zurückfahren zu können, um damit alle Maastricht-Kriterien zur Einführung des Euro zu erfüllen. Die Einführung des Euro sei für den relativ kleinen estnischen Wirtschaftsraum von großer Bedeutung und werde grundsätzlich von allen Parteien unterstützt. Das Thema Steuerehrlichkeit sei angesichts niedriger Steuersätze und einer funktionierenden Finanzverwaltung kein Problem. Der steuerliche Freibetrag sei nach kontroverser Diskussion auf monatlich 200 € pro Familienmitglied angehoben worden. Die Steuern würden vom Staat eingenommen. Daneben erhöhen die kommunalen Gebietskörperschaften Steuern (zum Beispiel Hundesteuer, Grundsteuer); außerdem flössen ihnen 11,9 % der Einkommensteuer zu.

**Mittwoch, 4. Juli 2007 (Tallinn und Riga)**

Mittwoch führt der Finanzausschuss Gespräche mit der HSH Nordbank, an der das Land Schleswig-Holstein mit 20 % beteiligt ist.

Herr Berger, Vorsitzender des Vorstandes der **HSH Nordbank AG**, macht deutlich, dass das Geschäftsmodell konsequent umgesetzt und auch vom neuen Anteilseigner Herrn Flowers mitgetragen werde. Das Betriebsergebnis habe mit 945 Millionen € um 11 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden können und werde in diesem Jahr voraussichtlich über 1 Milliarde € liegen. Ziel bleibe, die eigene Kapitalbasis der Bank deutlich zu stärken. Ende des Jahres wolle die HSH Nordbank intern börsenfähig sein.

Herr Dr. Domrös, Regional Head Nordic Area, berichtet über die Entwicklung der HSH in Nordeuropa. Die Aufgaben der Bank seien in Kopenhagen zentralisiert; an den Standorten Tallinn und Riga werde im Wesentlichen die Akquisition betrieben. Im Baltikum habe man bei Spezialfinanzierungen gute Marktchancen.

Herr Schulz, Leiter der Repräsentanz Tallinn, konzentriert sich nach eigenen Angaben auf die Markt- und Stimmungsbeobachtung und versteht sich als Bindeglied zwischen Kundenwünschen und Kompetenzzentren der HSH. Der Bankenmarkt in Estland sei mit der schwedischen Hansabank, der SEB und der finnischen Nordea übersichtlich. Geschäftsfelder der HSH seien vor allem die Schiffsfinanzierung, der Immobiliensektor und das Firmenkundengeschäft.

Herr Böttger, Leiter der Repräsentanz Riga, stellt die Bedeutung der Schiffsfinanzierung und der Finanzierung von Infrastrukturprojekten im Wege von Public Private Partnership heraus.

M Wiegard hebt die Vorteile der Aufnahme eines privaten Investors hervor. Anfang 2008 müsse die HSH Nordbank die Anforderungen für einen späteren Börsengang erfüllen. Unter den Landesbanken nehme die HSH Nordbank eine Vorreiterrolle ein: Fusion, Aktiengesellschaft, Beteiligung eines privaten Investors, angestrebter Börsengang.

Der Vorsitzende bekräftigt das Interesse des Landes an einer Verlängerung der Haltevereinbarung als Voraussetzung für den Börsengang.

### **Donnerstag, 5. Juli 2007 (Riga)**

In der **Botschaft** der Bundesrepublik Deutschland führt Botschafter Herr Schuppius in die politische und gesellschaftliche Situation der seit 1991 unabhängigen Republik Lettland ein. Von den 2,3 Millionen Einwohnern Lettlands mache die russischsprachige Bevölkerung einen Anteil von 38 % aus, von den 800.000 Einwohnern der Hauptstadt Riga sogar 50 %. 380.000 Menschen in Lettland seien sogenannte Nichtbürger, das heißt, sie besäßen keine Staatsbürgerschaft. Die Amtssprache des Landes sei Lettisch. 60 % des Unterrichts in den oberen Schulklassen müsse auf Lettisch erteilt werden. Die russischsprachige Bevölkerung sei voll integriert, nicht zuletzt weil sich die wirtschaftliche Situation von Letten und Russen nicht voneinander unterscheide.

Im lettischen Parlament, der Saeima, seien fünf lettische, im Wesentlichen liberale Parteien und zwei russischsprachige Parteien vertreten. Auch die lettische Regierung bemühe sich um ein gutes Verhältnis zu Russland, was sich in der jüngsten Ratifizierung des Grenzvertrages mit Russland zeige. Die drei baltischen Staaten arbeiteten im Baltischen Rat zusammen (zum Beispiel bei Energiefragen).

Herr Stafekis, Büroleiter der Deutsch-Baltischen Handelskammer am Standort Lettland, berichtet über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die durch zweistellige Wachstumsraten gekennzeichnet sei. Ein Problem sei der Arbeitskräftemangel; 10 % der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeite inzwischen im Ausland, insbesondere in Großbritannien und Irland. Das durchschnittliche Monatseinkommen eines Arbeitnehmers betrage in Lettland offiziell 500 €. Die EU stelle Lettland in der neuen Förderperiode von 2007 bis 2013 für die Entwicklung der Infrastruktur und der Wirtschaft insgesamt 4 Milliarden € an Fördermitteln zur Verfügung.

Am Vormittag führt der Ausschuss ein Gespräch mit der Präsidentin des **lettischen Rechnungshofes**, Frau Sudraba. Frau Sudraba berichtet im Rahmen einer Präsentation über die Arbeit der unabhängigen Finanzkontrolle, die ähnlich wie der Rechnungshof in Deutschland die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Einsatzes staatlicher Mittel prüfe und seine Prüfungsergebnisse und Empfehlungen dem Parlament vorlege. Das State Audit Office beschäftige insgesamt 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, stelle seinen Prüfungsplan auto-

nom auf und werde seinerseits von einem vom Parlament ausgewählten vereidigten Prüfer geprüft. Grundsätzliches Problem der Haushaltspolitik des Landes sei die kurzfristige Sichtweise der Politik; Haushaltsrisiken würden oftmals nicht berücksichtigt. Eine große Herausforderung werde die sinnvolle und effiziente Verausgabung der enormen EU-Fördermittel sein.

Mittags führt der Ausschuss ein Gespräch im **lettischen Finanzministerium**. Unterstaatssekretärin Frau Vasaraudze und ihr Team geben dem Ausschuss eine Reihe von Daten zur Haushalts- und Steuerpolitik des Landes an die Hand. Lettland liege beim Wirtschaftswachstum mit 11 % und bei der Inflationsrate mit 8,2 % EU-weit an der Spitze. Um die Maastricht-Kriterien zur Einführung des Euro nach 2011 zu erfüllen, habe die Regierung eine Reihe von Maßnahmen zur Senkung der Inflation beschlossen (Einschränkung der Kreditvergabe und der Spekulation mit Immobilien, Rückführung der Staatsausgaben). Nachdem das Land 2006 bereits mit einem Haushaltsüberschuss von 0,4 % abgeschlossen habe, plane man in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 einen ausgeglichenen Haushalt; ab 2009 rechne man mit einem Haushaltsüberschuss infolge überplanmäßiger Steuereinnahmen, die in vollem Umfang zur Haushaltskonsolidierung verwendet würden. Die EU-Fördermittel in Höhe von 4 Milliarden € sollten vornehmlich in die Infrastruktur des Landes investiert und den fünf Planungsregionen zugewiesen werden.

Ab 2008 sollten Einkommen aus wirtschaftlichen Aktivitäten mit 15 % besteuert werden und damit das Niveau der Körperschaftsteuer erreichen, deren Senkung zu einem Anstieg der Steuereinnahmen geführt habe. Die Mehrwertsteuer betrage auch für Lebensmittel 18 %. Die Zahl der gegenwärtig 527 Gemeinden solle auf 90 reduziert werden; Verwaltungszusammenschlüsse würden staatlich unterstützt.

Nachmittags führt der Finanzausschuss ein Gespräch mit dem Präsidenten der **Lettischen Nationalbank**, Herrn Rimsevics. Er berichtet anhand einer Präsentation, die den Ausschussmitgliedern vorliegt, über die wirtschaftlichen, haushaltspolitischen und währungspolitischen



Daten von Lettland. Wenn das Land die Maastricht-Kriterien zur Einführung des Euro erfülle, dürfe es von der EU nicht länger hingehalten werden.

Abends führt der Ausschuss am Flughafen Riga ein Gespräch mit dem Geschäftsführer von Air Baltic, Herrn Sollinger. Herr Sollinger berichtet anhand einer Präsentation über die Entwicklung des Flughafens Riga und die Entwicklung von Air Baltic. Air Baltic sei 1995 gegründet worden; Eigentümer seien mit 52 % der Staat und 47 % SAS. Die Zahl der Destinationen von Riga steige im Sommer 2007 auf 60, die Zahl der Passagiere auf 3 Millionen jährlich, davon 1,5 Millionen Air Baltic. Riga entwickle sich zur Drehscheibe zwischen Ost und West. Der Marktanteil von Lufthansa mache unter 5 % aus. Stärkster Konkurrent sei Ryanair mit elf Destinationen.

(Alle während der Informationsreise von den Gesprächspartnern an die Ausschussmitglieder verteilten Unterlagen können beim Ausschussgeschäftsführer Herrn Schmidt eingesehen werden.)

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer